

Saarbrücken, den 10. Juni 2020

PRESSEMITTEILUNG

Saarländischer Städte- und Gemeindetag zeigt sich zufrieden mit den Vorschlägen der Landesregierung zur finanziellen Unterstützung der Kommunen

Die saarländischen Kommunen können nach Auffassung des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey sowie des Stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen, mit den Vorschlägen der Landesregierung für einen „Kommunalen Schutzschirm“ zufrieden sein.

„Die Landesregierung wird die saarländischen Kommunen angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie mit einem finanziellen Engagement in Höhe von rund 400 Mio. Euro unterstützen. Zusammen mit den Mitteln des Bundes fließen den Städten und Gemeinden im Saarland in den nächsten Jahren dadurch mehr als 600 Mio. Euro zu. Dies ist ein wichtiges und positives Signal. In der derzeitigen Krisensituation müssen die Handlungsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit der Kommunen erhalten bleiben“, so Schmidt und Aumann.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie haben erhebliche Einbrüche bei den wichtigsten Einnahmen der Kommunen wie der Gewerbesteuer, den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen zur Folge. Aus diesen Grund hatte der Saarländische Städte- und Gemeindetag bereits Anfang April von Bund und Land jeweils einen Kommunalen Schutzschirm gefordert. Die Forderung an das Land ging dahin, ein finanzielles Unterstützungsprogramm aufzulegen, nach dem die Kommunen für die Dauer von 5 Jahren einen jährlichen Betrag in Höhe von mindestens 100 Mio. Euro erhalten sollten.

Das jetzt beschlossene Programm der Landesregierung greife laut Schmidt und Aumann die Forderungen des SSGT in weiten Teilen auf und stelle im Großen und Ganzen sicher, dass viele Kommunen davon profitieren würden. Die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Land helfe insbesondere den größeren Städten, während von der Übernahme der Kosten der Unterkunft eher die sozialschwachen Regionen un-

terstützt würden. Dass es gelungen sei, den Kommunalen Finanzausgleich zu stabilisieren, komme allen saarländischen Städte und Gemeinden zu Gute.

Positiv werten Schmidt und Aumann die Unterstützungsmaßnahmen des Landes für den ÖPNV und die für die langfristige erfolgreiche Weiterentwicklung des Saarlandes unbedingt erforderlichen vorgesehenen Investitionen in die Bildung und in die Digitalisierung.

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag hatte in seinem Forderungskatalog allerdings auch die Auflage eines Infrastruktur-Förderprogrammes für die Kommunen gefordert, mit welchen u.a. Investitionen in Straßen, Wege und Plätze oder allgemein in Gebäude und Bäder möglich gewesen wäre. Schmidt und Aumann bedauern, dass die Landesregierung diesem Vorschlag nicht gefolgt sei und dass der ländliche Raum insgesamt etwas zu kurz komme.

Abschließend muss nach Auffassung von Bürgermeister Schmidt und Oberbürgermeister Aumann allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass die Folgen der Corona-Pandemie für die saarländischen Kommunen in Gänze endgültig noch nicht feststehen. „Es ist leider nicht auszuschließen, dass die finanziellen Belastungen der Kommunen durch die Krise höher ausfallen können als erwartet. In diesem Fall muss die Landesregierung den Rettungsschirm nachjustieren und damit die Bemühungen der Kommunen für die Sicherstellung des gesellschaftlichen Lebens und für die Erhaltung einer effektiven und funktionstüchtigen Daseinsvorsorge auch weiterhin unterstützen.“